

Fragen

für die Fragestunde der 145. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Februar 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 56	Kluckert, Daniela (FDP)	18, 19
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 55	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 61	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	3, 54
Brandner, Stephan (AfD)	1, 68	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	44, 45	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 63
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Mihalic, Irene, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	52, 53	Oehme, Ulrich (AfD)	59
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	23, 62	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	64
Herbst, Torsten (FDP)	11, 28	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 38
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	10	Renner, Martina (DIE LINKE.)	43
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 35
Huber, Johannes (AfD)	4, 5	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	30, 46
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	48, 49	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 65
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	39, 40	Seitz, Thomas (AfD)	36, 37
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Skudelny, Judith (FDP)	26, 27
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	33, 34
		Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	60

Abgeordnete

*Nummer
der Frage*

Zimmermann, Sabine (Zwickau)

(DIE LINKE.)66, 67

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Antragssteller für den sogenannten Kinderzuschlag entwickelt, und wie hoch war der prozentuale Anteil an nichtdeutschen Antragsstellern und Antragsstellern mit mehr als einer Staatsangehörigkeit (bitte in absoluten Zahlen sowie dem prozentualen Anteil an der Gesamtzahl aller Antragssteller angeben und in Jahresscheiben aufschlüsseln)?
2. Abgeordneter
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welches Ziel haben die laufenden Prüfungen (unter Nennung der beteiligten Bundesministerien) zur Frage einer über das Diskriminierungsverbot des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes hinausgehenden eventuellen Berücksichtigung weiterer Vielfaltsmerkmale (Antwort der Bundesregierung vom 8. November 2019 auf meine Schriftliche Frage 127 auf Bundestagsdrucksache 19/14931), und strebt die Bundesregierung die Abfrage des Migrationshintergrundes und gegebenenfalls weiterer Vielfaltsmerkmale der Mitglieder in den Gremien nach dem Bundesgremienbesetzungsgesetz (BGremBG) an, beispielsweise durch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Abfrage bzw. durch anonyme und freiwillige Abfragen?
3. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Welche Haltung hat die Bundesregierung in Bezug auf die „Kindergarantie“ der Europäischen Kommission, vor allem die beiden Forderungen „Fehlanreize, die Eltern von der Aufnahme einer Beschäftigung abhalten“ zu beseitigen und „ineffiziente oder unangemessene Zuwendungen für Kinder bzw. Familien“ zu beenden (<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1060&langid=de>)?
4. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Personalbedarf im Sinne von unbesetzten Stellen in der Altenpflege generell – Altenpflegefachkräfte und Altenpflegehelfer inkludiert – im Jahr 2019, und wie bewertet die Bundesregierung die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zur Besetzung der offenen Stellen im Hinblick auf den Vergleich der Zahlen des Jahres 2018?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

5. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Personalbedarf im Sinne von unbesetzten Stellen in der Krankenpflege generell – Fachkräfte und Hilfskräfte in der Krankenpflege inkludiert – im Jahr 2019, und wie bewertet die Bundesregierung die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zur Besetzung der offenen Stellen im Hinblick auf den Vergleich der Zahlen des Jahres 2018?
6. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung gesetzliche Regelungen, welche die Möglichkeit für Radiologinnen und Radiologen, ungerechtfertigte Zusatzeinnahmen durch den Einsatz von Kontrastmitteln zu generieren, beenden würden (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/radiologen-kontrastmittel-107.html), und wenn nein, wieso nicht?
7. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum werden im Referentenentwurf des Patientendaten-Schutzgesetzes (PDSG) die Physiotherapeutinnen und -therapeuten als einzige Berufsgruppe der Heilmittelerbringer genannt, die zu einem festen Zeitpunkt Zugang zur Telematikinfrastruktur (TI) erhalten sollen, und warum sollen die anderen Heilmittelerbringer erst zu einem späteren, nicht näher benannten Zeitpunkt angeschlossen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

8. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der Funklöcher (Gebiete ohne Netzabdeckung) in Niedersachsen zwischen 2017 und 2019 entwickelt (bitte jahresscheibengenau aufschlüsseln)?
9. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie viel Prozent der Landesfläche Niedersachsens hatten Nutzerinnen und Nutzer zwischen 2017 und 2019 0 Prozent Empfang, zwischen 0 und 1 Prozent Empfang, zwischen 1 und 10 Prozent Empfang, zwischen 10 und 50 Prozent Empfang, zwischen 50 und 75 Prozent Empfang und zwischen 75 und 100 Prozent Empfang (bitte jahresscheibengenau aufschlüsseln)?

10. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass ca. 50 Prozent aller Starts und aller Landungen am EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg in niedriger Höhe über deutsches Hoheitsgebiet fliegen, und hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass im Gegensatz dazu ca. 10 Prozent aller Starts und aller Landungen am EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg den Betreiberstaat Schweiz belasten, der diese An-/Abflugverfahren neu und ohne deutsche behördliche Genehmigung eingeführt hat (www.badische-zeitung.de/buergerinitiative-beklagt-ausweichverkehr)?
11. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Auf wie vielen Kilometern der Bundesautobahnen galten zum Stichtag 1. Januar 2020 Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund von Straßenschäden (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und auf wie vielen Kilometern der Bundesautobahnen galten diese Geschwindigkeitsbegrenzungen bereits seit drei Monaten oder länger?
12. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchem Streckenanteil (in Prozent) des Bundesautobahnnetzes gibt es Streckenbeeinflussungsanlagen zur verkehrsabhängigen Steuerung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, und wie hoch wären nach Schätzung der Bundesregierung die erforderlichen Investitionen des Bundes, um das gesamte Bundesautobahnnetz mit Streckenbeeinflussungsanlagen auszustatten?
13. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welchen Zeitraum erstreckt sich das zwischen der Deutschen Bahn AG und der ukrainischen Bahngesellschaft Ukrsalisnyzja unterzeichnete Memorandum zur technischen Beratung (www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-vereinbartstrategische-Zusammenarbeit-mit-ukrainischer-Eisenbahn-4878100), und ab welchem Zeitpunkt ist die Einbindung der Deutschen Bahn AG in das operative Geschäft der ukrainischen Bahngesellschaft Ukrsalisnyzja vorgesehen?
14. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Fernverkehrszüge mit Halt im Land Brandenburg werden derzeit von der Deutschen Bahn AG aktuell zur Fahrradbeförderung angeboten (bitte unter Angabe der Kapazitäten), und in welchem Umfang plant die Deutsche Bahn AG, diese Kapazitäten in den kommenden Jahren auszubauen (bitte unter Angabe der Ausbautzahlen und des Jahres)?

15. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Zeitplan für die Barrierefreiheit der Bahnhöfe entlang der zu elektrifizierenden Bahnstrecke Hof–Regensburg, und inwiefern gibt es konkrete Pläne der Bundesregierung, die Barrierefreiheit der Bahnhöfe gegenüber der Elektrifizierung der o. g. Bahnstrecke Hof–Regensburg vorzuziehen, wie es beispielsweise in Weiden i.d.OPf. angedacht ist (www.onetz.de/oberpfalz/weiden-oberpfalz/csu-spd-gemeinsam-fuer-bahnhof-durchstich-id2958668.html)?
16. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich der Erhöhung der Gebühren für Bewohnerparken auf 10 bis 240 Euro jährlich, die im Bundesrat am 14. Februar 2020 abgestimmt werden wird, und falls die Bundesregierung den Antrag nicht befürwortet, wann legt die Bundesregierung einen eigenen Änderungsvorschlag diesbezüglich vor (bitte konkrete Jahreszahl, wenn möglich konkreten Monat nennen)?
17. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich der im Bundesratsverfahren zur StVO-Novelle durch das Land Berlin vorgeschlagenen Einführung von Verkehrssicherheitszonen, in die LKW ohne Abbiegeassistenten zum Schutz des Lebens von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden nicht einfahren dürfen, und inwiefern hat sich die Bundesregierung im Zusammenhang mit der StVO-Novelle mit der Einführung einer ähnlichen Regelung in Österreich auseinandergesetzt, die es Kommunen ermöglicht, in bestimmten Bereichen das Rechtsabbiegen durch LKW zu untersagen?
18. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Wie ordnet der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer den im Bundesrat eingebrachten Vorschlag zur Mikromobilität, über den am 14. Februar 2020 entschieden wird und der es Städten und Kommunen durch § 29 Absatz 4 der StVO-Novelle ermöglichen könnte, E-Scootern oder Leihrädern strenge Auflagen zu erteilen oder diese gänzlich zu verbieten, ein?
19. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Wie bewertet der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer den aktuellen Stand bzw. den Fortschritt des autonomen Fahrens in Deutschland, insbesondere im europäischen Vergleich?

20. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen Gelegenheiten hat der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer seinen Vorschlag, während der EU-Ratspräsidentschaft ein neues Mobilitätspaket voranzutreiben (https://rp-online.de/politik/eu/neues-eu-mobilitaetspaket-scheuer-sieht-wasserstoff-als-noetig-an_aid-48726331), innerhalb der Bundesregierung sowie mit der EU-Kommission besprochen (bitte einzeln auflisten), und welche weiteren Initiativen plant das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

21. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, im Rahmen der Überführung der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) in deutsches Recht oder auf andere Weise Nachhaltigkeitsstandards für strombasierte Kraftstoffe einzuführen, und welche CO₂-Bezugsquellen kommen bei der Produktion strombasierter Kraftstoffe aus Sicht der Bundesregierung in Betracht, um die Treibhausgasneutralität dieser Kraftstoffe sicherzustellen?
22. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass sie ihr Klimaschutzziel für 2020 noch erreichen wird, wenn nein, plant die Bundesregierung konkrete Schritte einzuleiten, um dieses noch zu erreichen?
23. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die im Jahr 2017 vorgenommenen Änderungen an der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) bewährt, und zu welchen Punkten sieht bzw. plant die Bundesregierung weitere Änderungen in der Verordnung?
24. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Jeweils welche Planungszonen des nuklearen Katastrophenschutzes gelten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in den Nachbarstaaten mit Atomkraftwerken (bitte möglichst mit Angabe der wesentlichen vorgesehenen Maßnahmen)?
25. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Nachbarstaaten mit im Leistungsbetrieb befindlichen oder noch nicht kernbrennstofffreien Atomkraftwerken, die weniger als 200 km von der deutschen Staatsgrenze entfernt sind, haben

im Zusammenhang mit dem nuklearen Katastrophenschutz die ihren „Planungen zugrunde gelegten Quellterme öffentlich zugänglich“ gemacht (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 53 auf Bundestagsdrucksache 18/13076; ggf. bitte mit Angabe der Veröffentlichung), und welchen Stand hat im Zusammenhang mit dem nuklearen Katastrophenschutz der „Abgleich der Rechencodes auf internationaler Ebene“ insbesondere zwischen Deutschland und Nachbarstaaten mit Atomkraftwerken (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 83 auf Bundestagsdrucksache 17/10696)?

26. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Wie und auf welcher gesetzlichen Grundlage will die Bundesregierung das Vorhaben umsetzen, Wasserstoff nur in der Industrie und im Luft- und Seeverkehr, aber nicht im PKW-Verkehr einzusetzen (www.bmu.de/rede/rede-von-svenja-schulze-bei-der-handels-blatt-jahrestagung-zukunft-stahl/)?
27. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Kann Bundesumweltministerin Svenja Schulze vor dem Hintergrund der häufiger im Zuge der Bon-Pflicht unsachgemäß in die Umwelt entsorgten Kassenbons ausschließen (www.rewe-group.com/de/newsroom/pressemitteilungen/1753-rewe-elektronischer-kassenbon), dass beispielsweise der Lebensmitteleinzelhandel, das Bäckerhandwerk und Apotheken in die Herstellerverantwortung aufgenommen werden, um an den entstandenen Kosten der Entsorgung, durch die vermehrt ausgegebenen Bons, beteiligt zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

28. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Schulen in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben nach Kenntnis der Bundesregierung bisher Fördermittel aus dem „Digitalpakt Schule“ beantragt, und wie viele dieser beantragten Mittel wurden bisher genehmigt bzw. ausgezahlt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

29. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller geäußerte Ansicht (www.schwaebische.de/ueberregional/wirtschaft_artikel,-interview-mit-entwicklungsminister-m%C3%BCller-in-kaffee-steckt-viel-zu-oft-kinderarbeit-_arid,11172268.html), dass „die großen Handelsketten dafür zuständig sind, dass in der Schokolade, im Kaffee, im Kakao, in den Textilien und in allen anderen Waren keine Kinder- und Sklavenarbeit steckt“, und mit welchen Gesetzesinitiativen will die Bundesregierung möglichst zeitnah garantieren, dass dies von den großen Handelsketten auch umgesetzt wird?
30. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung angesichts der Heuschreckenplage in Ostafrika, die sich laut UNO-Angaben bis zum Sommer noch um das 500-fache vermehren und die Landwirtschaft mehrerer Länder gefährden könnten, sollte sie nicht rasch und wirksam bekämpft werden, unternommen, und welche gedenkt sie noch zu unternehmen?
31. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchem offiziellen Mindestlohn beruht nach Kenntnis der Bundesregierung die Aussage der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), nach der im Fall Feronia in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) der niedrigste gezahlte Lohn auf der Plantage 150 Prozent des Mindestlohnes betragen sollte, bei einem Durchschnittslohn von 3,30 USD pro Tag (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 52 der Abgeordneten Eva-Maria Schreiber – Plenarprotokoll 19/139), obwohl im Mai 2018 ein Dekret in Kraft trat, das eine stufenweise Erhöhung des garantierten Mindestlohns in der DRC – im Agrarsektor bis Juli 2019 – auf 7075 CDF pro Tag (umgerechnet also ca. 3,70 bis 3,80 Euro) vorsieht (Dekret 18-017; www.ilo.org/dyn/natlex/docs/MONOGRAPH/218/135448/F567457656/COD-109218.pdf), und welche konkreten Maßnahmen trifft nach Kenntnis der Bundesregierung die DEG, um sicherzustellen, dass Feronia diese Lohnangleichungen zeitnah umsetzt?
32. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller während seiner Afrikareise mit Regierungsvertreterinnen und -vertretern der Republik Sudan Gespräche über die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit geführt, und welche konkreten Reformen zur Verbesse-

rung der Menschenrechtslage wurden auf dieser Reise in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung des Reformpartners Ägypten eingefordert (bitte nach erbetenen Reformmaßnahmen auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Abschaffung der Kassenbonnpflicht für Kleinbeträge in Frankreich (ZEIT ONLINE vom 30. Januar 2020)?
34. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) In welchen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung die Aufhebung der Parallelitätsklausel hinsichtlich der Tilgung von ESM- bzw. EFSF- und IWF-Darlehen beschlossen?
35. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern hat die Bundesregierung ihre Pläne, die Kfz-Steuer für Neuzulassungen ab dem 1. Januar 2021 stärker an den CO₂-Emissionen auszurichten, wie sie es in ihrem Klimaschutzprogramm 2030 vom Oktober 2019 beschlossen hat (www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1, S. 77), angesichts von Pressemeldungen, in der sich die CSU gegen entsprechende Pläne ausspricht, aufgegeben (https://rp-online.de/politik/deutschland/schulze-will-autos-mit-hohem-spritverbrauch-teurer-machen_aid-48708773) (bitte begründen), und wenn die Bundesregierung noch immer an den Plänen festhält, wann wird sie einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung der Kfz-Steuer vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

36. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD) Wie ist der aktuelle Stand der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unter Geschäftszeichen 7982356-160 betriebenen Abschiebung der russlanddeutschen Familie B. aus Germersheim mit zwei kleinen Kindern?

37. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Gedenkt die Bundesregierung die Abschiebung der oben genannten Familie aus humanitären Gründen auszusetzen, und wenn nein, warum nicht?
38. Abgeordneter
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesländern wurde nach Kenntnis der Bundesregierung eine Abweichung vom Trennungsverbot gemäß § 62a des Aufenthaltsgesetzes vorgenommen, und wie viele Anordnungen für die Sicherungshaft wurden seit dem Inkrafttreten der Änderung des Aufenthaltsgesetzes zum 1. August 2019 nach Kenntnis der Bundesregierung angeordnet (mit der Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)?
39. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele mit Stand vom 31. Dezember 2019 im Ausländerzentralregister gespeicherte Ausländerinnen und Ausländer, gegen die im Jahr 2019 eine Ausweisungsverfügung ergangen ist, leben derzeit in Deutschland (bitte unter Nennung der jeweiligen Zahl nach Bundesländern aufgliedern), und aus welchen Herkunftsländern (bitte unter Nennung der jeweiligen Zahl die zehn wichtigsten Herkunftsländer nennen) stammen sie jeweils?
40. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe wurden seit Inkrafttreten der „besonderen Gebührenverordnung des BMI“ im Oktober 2019 (www.gesetze-im-internet.de/bmibgebv/BTNR135900019.html) Maßnahmen der Bundespolizei gegenüber Bürgerinnen und Bürgern in Rechnung gestellt, und was waren die zehn am meisten in Rechnung gestellten Anlässe bzw. Posten (bitte der Aufgliederung der Gebührenordnung zuordnungsfähig darstellen)?
41. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand der Beratungen innerhalb der Bundesregierung zu einer gesetzlichen Regelung zur Begrenzung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 27. Januar 2020 auf meine Schriftliche Frage 51 auf Bundestagsdrucksache 19/16951 und Welt am Sonntag vom 2. Februar 2020, „Wir brauchen die privaten Vermieter“), um gerade in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten Menschen nicht aus ihrem Zuhause zu verdrängen und die soziale Mischung von Milieus zu erhalten?
42. Abgeordnete
Dr. Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden im Hinblick auf rechtsextreme Bedrohungen vor der flächendeckenden Einführung des Instruments RADAR-rechts im Jahr 2022 zu verbessern?

43. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Uzi-Maschinenpistole, die bei dem im GBA-Verfahren zum rechten Nordkreuz-Netzwerk als Zeugen geführten Marko G. beschlagnahmt wurde, insbesondere zu ihrer Entwendung 1993 in Brandenburg, und welche Schritte, Maßnahmen und Ermittlungen wurden veranlasst, um die Herkunft und Geschichte der Waffe aufzuklären (www.neues-deutschland.de/artikel/1128773.tag-x-nordkreuz-gruender-vor-gericht.html)?
44. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Ab wann will die Bundesregierung die umstrittene Ausbildungsmission für Sicherheitskräfte in Saudi-Arabien, die wegen des schwelenden Konflikts um die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi ausgesetzt wurde, wieder aufnehmen, vor dem Hintergrund, dass im Januar 2020 acht Trainer der Bundespolizei nach Saudi-Arabien zurückkehren und dort Grenzschützer ausbilden sowie fünf weitere deutsche Beamte den Einsatz aus einem Projektbüro in Riad koordinieren sollen (AFP vom 24. Januar 2020), und inwieweit hat die Bundesregierung neue Erkenntnisse zur Ermordung des Journalisten Kashoggi im Oktober 2018 im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul mutmaßlich im Auftrag des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salmen hinsichtlich der unaufgeklärten Hintergründe und der Weigerung Saudi-Arabiens, ihre Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Hintermänner offenzulegen, die die Bundesregierung veranlasst haben, nun wieder Polizisten nach Saudi-Arabien zu schicken (www.spiegel.de/politik/deutschland/saudi-arabien-bund-espolizei-nimmt-ausbildung-wieder-auf-a-0000000-0002-0001-0000-000169122932)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

45. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit befinden sich die von der Bundesregierung mit 25 Millionen Euro unterstützten zu bauenden Notunterkünfte für Vertriebene in der syrischen Provinz Idlib (dpa vom 31. Januar 2020) in der sogenannten „Sicherheitszone“, vor dem Hintergrund, dass die Errichtung einer türkischen „Sicherheitszone“ gegen Völkerrecht verstößt und jegliche Formen der An- bzw. Umsiedlung geschützter Personen in besetzten Gebieten gemäß Artikel 49 der 4. Genfer Konvention von 1949 untersagt sind (Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, WD 2 – 3000 – 116/19, S. 12), und inwieweit präjudizie-

ren entsprechende Hilfen für den türkischen Roten Halbmond nach meiner Auffassung den Status der Türkei als Besatzungsmacht?

46. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern gedenkt die Bundesregierung auf die Forderungen des tansanischen Botschafters in Berlin, Abdallah Possi, einzugehen, die Bundesregierung solle den ersten Schritt für „Verhandlungen über Wiedergutmachungen“ für Verbrechen während der deutschen Kolonialzeit machen und die tansanische Seite „möglichst bald“ darüber informieren, „wie viele menschliche Gebeine und Kulturobjekte aus dem heutigen Tansania während der Kolonialzeit nach Deutschland gebracht wurden und wo sie sich heute befinden“ (www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-kolonialverbrechen-in-afrika-tansania-fordert-von-bundesregierung-verhandlungen-ueber-wiedergutmachungen/25496372.html), und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung von sich aus einzuleiten bzw. der tansanischen Seite anzubieten, um Verantwortung für die Taten während der Kolonialzeit zu übernehmen?
47. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung zu einem friedlichen und demokratischen Ablauf der Wahlen in Togo am 22. Februar 2020 beitragen, und inwiefern stellt die Bundesregierung fest, dass die repressiven Entwicklungen in der Region (wie beispielsweise in Benin, Guinea oder der Elfenbeinküste) einen verstärkenden Einfluss auf das Regime in Togo haben (www.un.org/africarenewal/magazine/december-2019-march-2020/africa-watch-2020-election-season-across-africa)?
48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Räumt auch die Bundesregierung wie der UN-Generalsekretär António Guterres ein, dass sich an der Berliner „Libyen-Konferenz“ teilnehmende NATO-Mitglieder wie die Türkei weiterhin nicht an die dort verabredete Einhaltung des Waffenembargos halten („Der Berliner Friedensplan ist nach zwei Wochen schon in Gefahr“, DER TAGES-SPIEGEL vom 4. Februar 2020; bitte mitteilen zu welchen NATO-Mitgliedern ihr dies bekannt ist), und hinsichtlich welcher Verabredungen der Teilnehmenden der „Libyen-Konferenz“ spricht die Bundesregierung trotzdem von deren Erfolg (vgl. auch „Operation Sophia plan calls for migrant redistribution“, POLITICO vom 24. Januar 2020)?
49. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Aufforderung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an alle 47 Mitgliedsstaaten, die „unverzügliche Freilassung“ des Wi-

Wikileaks-Gründers Julian Assange zu fordern, weil seine „Inhaftierung und strafrechtliche Verfolgung (...) einen gefährlichen Präzedenzfall für Journalisten darstellt“ („Threats to media freedom and journalists‘ security in Europe“, Resolution 2317 (2020); <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=28508&lang=en>), und sieht die Bundesregierung auch nach den Aussagen des UN-Sonderberichterstatters für Folter, Nils Melzer, über gravierende Verfahrensmängel – Assange werde sein Recht auf ein faires Verfahren „konsequent verwehrt“ („Vor unseren Augen kreierte sich ein mörderisches System“, republik.ch, 31. Januar 2020) – weiterhin „keinen Grund, am rechtsstaatlichen Vorgehen der britischen Justiz zu zweifeln“ (Bundespressekonferenz vom 6. Dezember 2019)?

50. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der von der parlamentarischen Versammlung des Europarats verabschiedeten Resolution (www.heise.de/newsticker/meldung/Europarat-Julian-Assange-sofort-freilassen-464B886.html), die die Mitgliedstaaten auffordert, sich für die sofortige Freilassung von Wikileaks-Gründer Julian Assange aus britischer Haft einzusetzen?

51. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Belege dafür, dass die Vergewaltigungsvorwürfe gegen Wikileaks-Gründer Julian Assange von der schwedischen Polizei konstruiert wurden und dass Assange deutlich länger als üblich wegen des Verstoßes gegen Kautionsauflagen in britischer Haft sitzt, wie sie der UN-Sonderberichterstatter für Folter Nils Melzer kürzlich vorgelegt hat (www.republik.ch/2020/01/31/nils-melzer-spricht-ueber-wikileaks-gruender-julian-assange)?

52. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wird sich die Bundesregierung, nach den ausführlichen Untersuchungen und neuen Enthüllungen des UN-Sonderberichterstatters über Folter, Nils Melzer, im Hinblick auf die Gesundheitssituation und Foltersymptome von Julian Assange (vgl. www.republik.ch/2020/01/31/nils-melzer-spricht-ueber-wikileaks-gruender-julian-assange), gegenüber der britischen Regierung für eine Freilassung von Julian Assange einsetzen, damit er genesen und sich nach rechtsstaatlichen Standards auf seinen Prozess vorbereiten kann, wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht?

53. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den von US-Präsident Donald Trump und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu vorgestellten sogenannten Friedensplan für den

Nahen Osten (www.sueddeutsche.de/politik/israel-palaestina-trump-1.4776008), und welche politischen Initiativen stößt sie an, um zu einer von beiden Seiten – der israelischen und der palästinensischen – unterstützten Zwei-Staaten-Lösung zu kommen (www.tagesschau.de/ausland/reax-na-host-friedensplan-101.html)?

54. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Welche Umstände haben nach Kenntnis der Bundesregierung dazu geführt, dass deutsche Staatsbürger nach meiner Ansicht sehr spät aus der chinesischen Region Wuhan ausgeflogen wurden (www.welt.de/vermischtes/live205334991/Li-We-nliang-Chinesischer-Arzt-der-vor-Coronaviros-warte-ist-tot.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

55. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann ist unter Zugrundelegung des am 29. Januar 2020 im Bundeskabinett verabschiedeten Kohleausstiegsgesetzes die Abschaltung des noch in Betrieb zu gehende Kohlekraftwerks Datteln IV vorgesehen (bitte unter Angabe der Option des Komplettausstiegs 2035 sowie 2038) vor dem Hintergrund der Grafik unter www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/fragen-und-antworten-zum-kohleausstiegsgesetz/, und wie hoch wird auf Grundlage des Kabinettsbeschlusses die Mehremission aller Kohlekraftwerke gegenüber dem linearen Pfad des Ergebnisses der Kohlekommission sein?

56. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Projekte, die im Rahmen des Strukturförderungsgesetzes finanziell vom Bund unterstützt werden, laut Paragraph 4 des aktuellen Gesetzentwurfs, nicht zwingend zur Verwirklichung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beitragen müssen, sondern, dass dieses Kriterium fakultativ ist (bitte begründen)?

57. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Für welche Leistungen bzw. Maßnahmen im Einzelnen soll die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) aus dem Bundeshauhalt 1,75 Milliarden Euro bekommen (www.energate-messenger.de/news/199872/leag-bekommt-mehr-sicherheitsbereitschaft), und wann ist dabei jeweils der Beginn der Auszahlung vorgesehen?

58. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Gigawatt Photo-Voltaik-Anlagen sind aktuell im Marktstammdatenregister im Rahmen der EEG-Förderung eingetragen, und welche Auswirkungen auf die Solarbranche sieht die Bundesregierung durch den bisher nicht aufgehobenen Solardeckel von 52 Gigawatt?
59. Abgeordneter
Ulrich Oehme
(AfD)
- Mit welcher Technologie soll von 2030 bis 2038 und darüber hinaus die Grundlast für die Energieversorgung in unserem Land hauptsächlich erzeugt werden, und sollte die Grundlast nicht im eigenen Land erzeugt werden, wie gedenkt die Bundesregierung, flächendeckende Blackouts mit größeren Schäden zu vermeiden?
60. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Inhalte bzw. „Perspektiven“ sind gemeint, wenn die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 13 (Plenarprotokoll 19/142) über ein stattgefundenes Treffen zwischen Vertretern des Urankonzerns Urenco, der ETC sowie dem Bundeswirtschaftsministerium antwortet, dass beim „Thema ‚Kernbrennstoffe der nächsten Generation‘ unter anderem für modular aufgebaute Forschungsreaktoren (...) seitens der Urenco die Perspektiven von im oberen Bereich niedrig angereichertem Uran summarisch beschrieben“ wurden, und hat es mit Blick auf Medienveröffentlichungen in Physics Today (1. Januar 2020, Controversy continues to swirl around uranium enrichment contract, <https://physicstoday.scitation.org/doi/10.1063/PT.3.4385>) bzw. Telepolis (24. Januar 2020, www.heise.de/tp/features/Urenco-Umstrittene-Uran-Anreicherung-mit-deutscher-Beteiligung-4644963.html), in denen davon die Rede ist, dass laut einem Bericht der US-Armee aus 2018 „Urenco für einen ‚bescheidenen bis groß angelegten Einsatz‘ tragbarer Reaktoren die kostengünstigste Quelle für HALEU ist“, Gespräche zwischen Vertretern von Urenco mit Stellen des Department of Defense oder des Department of Energy hinsichtlich möglicher Lieferungen von HALEU bzw. Kernbrennstoff der nächsten Generation gegeben?
61. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat bei der Bundesregierung bezüglich der Schaffung eines Mietrechts zum Schutz von Gewerbetrieterinnen und -mietern ein Umdenken eingesetzt, dass nach meiner Auffassung unter anderem wegen der Zwangsräumung der Berliner Landesgeschäftsstelle der CDU aus ihren langjährigen Büroräumen in der Berliner Kleiststraße aufgrund der vom Vermieter geforderten Verdoppelung der Miete und ihr damit einhergehender erzwungener Umzug an den Rand von Charlottenburg (siehe DER TAGESSPIEGEL vom 15. Januar 2020, Sei-

te 7) veranlasst sein könnte, oder hält die Bundesregierung an ihrer am 11. März 2019 von Ulrich Nußbaum geäußerten Antwort zu meiner damaligen Schriftlichen Frage fest, dass „dies erst geprüft werden kann, wenn die zugrunde liegenden Probleme und ihre Ursachen ermittelt sind“, die dafür notwendigen „verlässlichen und belastbaren Daten“ aber weiterhin fehlen?

62. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Welche Aktivitäten zur Entwicklung des barrierefreien Tourismus unter Berücksichtigung der Maßgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (insbesondere Artikel 30) hat die Bundesregierung im Jahr 2019 gefördert, und was ist diesbezüglich für 2020 geplant (bitte detailliert aufgliedert nach Bundesministerien nennen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

63. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung den so genannten Mietwucherparagrafen durch entsprechende Überarbeitung des § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes zur praktisch wirksamen Anwendbarkeit verhelfen, was Bundesminister Horst Seehofer nach eigener Aussage „[...] zu 100 Prozent [unterstützt]“ (Welt am Sonntag, 2. Februar 2020, „Wir brauchen die privaten Vermieter“), und wenn sie dies nicht plant, warum nicht?

64. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Sieht die Bundesregierung, in Anbetracht des im Dezember 2019 eingebrachten baden-württembergischen Gesetzentwurfes, welcher beinhaltet, dass Sexualstraftaten gegen Minderjährige nicht mehr aus dem Bundeszentralregister gelöscht werden sollen, einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit (Legal Tribune Online vom 3. Februar 2020, www.lto.de/recht/hintergruende/h/bundeszentralregister-fuehrungszeugnis-sexualstraftaten-minderjaehrige-baden-wuerttemberg-bundesrat, zuletzt aufgerufen am 5. Februar 2020)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

65. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen zusätzlichen Ausgaben rechnet die Bundesregierung hinsichtlich der Einführung bzw. Erhöhung des Pflegemindestlohns für Pflegefachkräfte sowie für qualifizierte und nichtqualifizierte Pflegehilfskräfte jeweils in den Jahren 2021, 2022 und 2023?
66. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellen sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2005, 2010, 2015, 2018 und 2019 die Versicherungszahlen der Künstlersozialkasse (KSK) dar, und welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die zehn häufigsten Tätigkeiten, für die eine Versicherung besteht (bitte jeweils auch die absoluten Zahlen der Versicherten angeben)?
67. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung das durchschnittliche Jahreseinkommen der über die Künstlersozialkasse Versicherten dar (bitte insgesamt sowie für die zehn häufigsten Tätigkeiten angeben), und wie viele KSK-Versicherte erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit neben ihrer Erwerbstätigkeit Leistungen nach dem SGB II?
68. Abgeordneter
Stephan Brandner (AfD)
- Wie hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre die Anzahl der armutsgefährdeten Rentner in Deutschland entwickelt, und welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung in diesem Zeitraum unternommen, um die Altersarmut zu minimieren (bitte in absoluten Zahlen sowie dem prozentualen Anteil an der Gesamtzahl aller Rentner in Deutschland angeben und in Jahresscheiben aufschlüsseln)?

